

Geschäftsbericht 2012

**Deutsche
Klassenlotterie
Berlin**

**Deutsche
Klassenlotterie
Berlin**

Rechtsfähige Anstalt
des öffentlichen Rechts
Brandenburgische Straße 36
10707 Berlin

Telefon: +49 30 89 05-0
Telefax: +49 30 89 05-15 17

Internet: www.lotto-berlin.de
E-Mail: info@lotto-berlin.de

Inhalt

Lagebericht	4
1. Rechtsgrundlagen/Spielangebote/Internationale Mitgliedschaften	4
2. Zur wirtschaftlichen Lage	4
3. Unternehmensentwicklung 2012	5
4. Spielauftrags- und Losaufkommen	6
5. Sonder- und Prämienauslosungen	6
6. Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage	6
7. Vertriebsorganisation und Marketing/Kundenmanagement	6
8. Investitionen	7
9. Berliner Corporate Governance Kodex	7
10. Responsible Gaming	7
11. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung	7
12. Vorgänge nach dem Bilanzstichtag	9
13. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014	9
Entsprechenserklärung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex	11
Bilanz	16
Gewinn- und Verlustrechnung	18
Auszüge aus dem Anhang	19
Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012	22

Lagebericht

1. Rechtsgrundlagen/ Spielangebote/ Internationale Mitgliedschaften
2. Zur wirtschaftlichen Lage
3. Unternehmensentwicklung 2012
4. Spielauftrags- und Losaufkommen
5. Sonder- und Prämienauslosungen
6. Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage
7. Vertriebsorganisation und Marketing/Kundenmanagement
8. Investitionen
9. Berliner Corporate Governance Kodex
10. Responsible Gaming
11. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung
12. Vorgänge nach dem Bilanzstichtag
13. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014

Lagebericht

1. Rechtsgrundlagen

Mit dem zweiten Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 19.06.2012 sind der Glücksspielstaatsvertrag neue Fassung (GlüStV n.F.) und das Ausführungsgesetz zum GlüStV n.F. zum 01.07.2012 in Kraft getreten (GVBl. S. 193).

Darüber hinaus ist für die Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) die maßgebende Gesetzesgrundlage weiterhin das Gesetz über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Gesetz) vom 7. Juni 1974, zuletzt geändert durch das Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 15. Dezember 2007.

Gemäß § 2 DKLB-Gesetz hat die DKLB die Aufgabe, behördlich erlaubte Glücksspiele einschließlich Lotterien, Sportotto, Sportwetten und Ausspielungen sowie alle damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte durchzuführen.

Die Veranstaltungserlaubnisse für die Zeit ab dem 01.01.2009 erhielt die DKLB von der für die Glücksspielaufsicht zuständigen Senatsverwaltung für Inneres und Sport im Dezember 2008. Mit Bescheiden vom 13.07.2011 wurden diese Erlaubnisse für den Zeitraum ab dem 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 verlängert. Die Erlaubnisse für den Zeitraum ab dem 01.01.2013 bis 31.12.2017 wurden in der jetzt geltenden Fassung am 31.01.2013 erteilt.

Die DKLB hat gemäß § 6 des DKLB-Gesetzes 20 % der Spieleinsätze laufend als Zweckabgabe und darüber hinaus den Bilanzgewinn an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführen. Die Zweckabgabe ist vor Abführung an die DKLB-Stiftung einmalig am Jahresanfang um einen Betrag von

T€ 400 zu mindern; diese Mittel sind an die für die Glücksspielsuchtbekämpfung zuständige Senatsfachverwaltung für Zwecke der Suchtforschung und Suchtprävention abzuführen.

Spielangebote

Die DKLB veranstaltete im Geschäftsjahr 2012 wie im Vorjahr

- zusammen mit allen im Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB) zusammengeschlossenen Lotto- und Totogesellschaften der Länder der Bundesrepublik Deutschland die Spiele
 - LOTTO 6aus49,
 - Spiel 77,
 - SUPER6,
 - TOTO 13er-Ergebniswette,
 - TOTO 6aus45 Auswahlwette,
 - die Sportwette ODDSET sowie
 - die Lotterie GlücksSpirale.
- Die seit März 2012 zusätzlich veranstaltete neue, länderübergreifende Lotterie Eurojackpot wird von den Gesellschaften des DLTB in einer internationalen Kooperation veranstaltet.
- In Kooperationen mit Blockpartnern aus dem DLTB wurden das Spiel
 - KENO mit der Zusatzlotterie plus5,
 - die Sofort-Lotterie Glücksrakete sowie
 - die übrigen Rubbellos-Lotterien veranstaltet.

Internationale Mitgliedschaften

Die DKLB ist Mitglied der Weltorganisation der Lotteriegesellschaften World Lottery Association (WLA) und der European State Lotteries and Toto Association (EL). Das Vorstandsmitglied

Hansjörg Höltkemeier ist Mitglied des Executive Committees der EL.

2. Zur wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld ist unverändert schwierig. Hinzu kommen umfangreiche rechtliche Auflagen, die die Kommunikationsmöglichkeiten beeinträchtigen, der altersbedingte Rückgang der Anzahl der Stammspieler und ein im Vergleich zum Vorjahr ungünstiger Jackpotverlauf. Insgesamt lag der Umsatz der DKLB im Berichtsjahr um 4,6 % unter dem Vorjahreswert.

Die klassischen Annahmestellen der DKLB kämpfen mit einem veränderten Käuferverhalten. Die Erschließung neuer terrestrischer Vertriebswege (Supermärkte, Discounter etc.) ist der DKLB auch weiter vielfach verwehrt.

Seit November 2012 kann auf Grundlage einer entsprechenden Erlaubnis der Vertriebsweg Internet wieder genutzt werden und entwickelt sich bisher positiv. Es ist noch nicht absehbar, ob sich dieser Trend unter den jüngst verschärften Rahmenbedingungen fortsetzen lässt.

Bereits seit Anfang 2012 wickelt die DKLB über ihr Spielsystem den Internet-Auftritt von inzwischen 6 Mandanten aus dem DLTB gegen Umsatzprovision ab.

Die Vorgaben aus dem Glücksspielstaatsvertrag und den jeweiligen Ausführungsgesetzen werden von den staatlichen Lotteriegesellschaften verlässlich erfüllt und von Seiten der Aufsichten streng überwacht. Konkurrierende private Marktteilnehmer stoßen regelmäßig gegen diese Bestimmungen und scheinen weitgehend unbehelligt zu bleiben. Dies betrifft in zunehmendem Maße nicht nur das Sportwettengeschäft, wo sich ab 2013 durch den GlüStV n.F. ohnehin neue Strukturen bilden werden, sondern auch den Lotteriebereich.

Die DKLB hält unverändert an ihrem staatlichen Auftrag fest, das Glücksspielverhalten zu kanalisieren und trägt u.a. mittels gezielter Informationen und zahlreicher Schulungen der weiteren Umsetzung der gesetzlich geforderten Ausrichtung des Spielgeschäfts am Spieler und Jugendschutz sowie an der Spielsuchtprevention Rechnung.

Für das Land Berlin sind Lotteriesteuer in Höhe von € 42,9 Mio. und für die DKLB-Stiftung Zweckabgaben in Höhe von € 49,3 Mio. sowie € 0,4 Mio. als direkt für Suchtprävention an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abzuführender Betrag angefallen.

Einschließlich des Bilanzgewinns 2012 und des Zweckertrages für die Destinatäre der GlücksSpirale sind von der DKLB im Berichtsjahr insgesamt € 98,7 Mio. an Steuern, zweckgebundenen Abgaben und an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführenden Beträgen erzielt worden.

3. Unternehmensentwicklung 2012

Umsatzsituation

Die Umsätze 2012 liegen mit € 258,9 Mio. um € 12,4 Mio. (4,6 %) unter dem Vorjahreswert, wobei die Spieleinsätze um € 13,0 Mio. zurückgegangen sind und die Bearbeitungsgebühren um € 0,6 Mio. zunahmen.

In der Hauptspielart LOTTO 6aus49 liegt der Umsatz um € 18,9 Mio. (10,7 %) unter dem Vorjahreswert. Die Zusatzlotterien zum Hauptspiel LOTTO 6aus49 weisen einen Umsatzrückgang von € 4,8 Mio. (11,3 %) beim Spiel 77 und von € 2,0 Mio. (11,4 %) bei SUPER 6 auf. Hierbei wirkte sich aus, dass das neue Spielangebot Eurojackpot gut angenommen wurde und in der Folge auch bisherige LOTTO 6aus49-Spieler ihren Gesamteinsatz zwischen diesen Produkten aufgesplittet haben. Hinzu kommt eine im Vorjahresvergleich ungünstigere Jackpotentwicklung sowie die im Land Berlin in besonderem Maße bestehenden Einschränkungen bei den Kommunikationsmöglichkeiten. Die

Durchführung der Sonderauslosung „Berlin-Prämie“, die zu Mehrumsatz hätte führen können, wurde in 2012 nicht genehmigt.

Das im März 2012 gestartete neue Spielangebot Eurojackpot erzielte im Berichtsjahr Spieleinsätze in Höhe von € 13,3 Mio. Diese Spieleinsätze konnten die Rückgänge beim Hauptspiel LOTTO 6aus49 und bei den Zusatzspielen Spiel 77 und SUPER 6 nur teilweise kompensieren. Bei Eurojackpot waren Zusatzspiele in 2012 nicht vorgesehen, wurden aber für 2013 bei der Aufsicht beantragt.

Die seit Einführung der Kundenkartenpflicht in 2008 zu verzeichnenden Umsatzeinbußen in den davon betroffenen Spielarten setzten sich auch in 2012 fort. Die Sportwette ODDSET (./ 9,3 %) war darüber hinaus auch in 2012 von der Konkurrenz durch weiterhin ohne Konzession agierende kommerzielle Anbieter betroffen. ODDSET ist im Berichtsjahr mit € 3,3 Mio. (Vorjahr: € 3,6 Mio.) wie im Vorjahr nur noch mit 1,3 % am Umsatz der DKLB beteiligt. Bei der Spielart KENO lag der Umsatzrückgang bei € 0,8 Mio. (./ 9,9 %).

Beim TOTO verzeichnet die 6aus45 Auswahlwette jackpotbedingt einen Zuwachs zum Vorjahr von 17,3 %, während der Umsatz der 13er Ergebniswette um 8,3 % zurück ging.

Die in Kooperation mit den Blockpartnern aus Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gestalteten Rubbelloserserien sowie die Glücksrakete erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund der erfolgreichen Einführung eines 5-Euro-Rubbelloses insgesamt um 46,1 %.

Die Bearbeitungsgebühren liegen im Berichtsjahr mit € 10,5 Mio. um 5,6 % (€ 0,6 Mio.) über dem Vorjahreswert. Zum 07.08.2011 wurde eine einheitliche, laufzeitunabhängige Bearbeitungsgebühr von € 0,50 je Spielauftrag eingeführt, die sich im Berichtsjahr ganzjährig positiv auswirkte.

Großgewinne in Berlin

Berlin hatte 2012 zwei LOTTO 6aus49-Millionäre sowie 26 Gewinner mit jeweils mehr als 100.000 €. Der größte Einzelgewinn wurde in der 7. Veranstaltung im LOTTO 6aus49 erzielt und belief sich auf nahezu € 3,0 Mio.

Sozialbericht

Die DKLB beschäftigte zum Stichtag 31.12.2012 einschließlich der Vorstandsmitglieder sowie der Mitarbeiter/-innen, die weniger als 19 Wochenstunden arbeiten, 173 Mitarbeiter (Vorjahr: 172 Mitarbeiter), davon 86 Frauen. 7 Auszubildende werden zu Bürokaufleuten und 4 Auszubildende zu Informatik-kaufleuten ausgebildet.

Im Berichtsjahr und in den vier Jahren davor wurden in Berlin folgende Spieleinsätze erzielt:

	2008	2009	2010	2011	2012	„Durchschnitt je Woche“	
Anzahl der Veranstaltungen	52	53	52	52	52	2011	2012
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	T€	T€
I. LOTTO 6aus49	192,2	205,8	184,8	177,2	158,3	3.408	3.044
II. Eurojackpot ¹⁾					13,3		256
III. TOTO	1,9	1,9	1,7	1,6	1,6	31	31
IV. KENO	10,0	9,0	8,6	8,0	7,2	154	138
V. plus 5	1,0	0,9	0,9	0,8	0,7	15	13
VI. Spiel 77 ²⁾	29,1	30,9	33,5	42,3	37,5	813	721
VII. SUPER 6	19,9	21,4	18,9	17,5	15,5	337	298
VIII. ODDSET Kombi-Wette	4,8	4,1	3,5	3,2	2,8	62	54
TOP-Wette	0,7	0,5	0,6	0,4	0,5	8	10
IX. GlücksSpirale	5,7	8,0	7,6	7,7	7,0	148	135
X. Rubbellos-Lotterie	3,7	3,1	2,7	2,7	4,0	52	77
XI. INSGESAMT	269,0	285,6	262,8	261,4	248,4	5.028	4.777

1) Neu ab 23.03.2012 (Durchschnittswert 2012 für 52 VA-Wochen)

2) ab 01.09.2010 Spieleinsatzerhöhung

Die Personalaufwendungen setzen sich zusammen aus Löhnen/Gehältern mit T€ 8.049 (Vorjahr: T€ 7.690) und sozialen Abgaben/Altersversorgung/Unterstützung mit T€ 2.742 (Vorjahr: 2.473).

Neben dem Vorstand waren 119 Mitarbeiter/-innen im Angestelltenverhältnis mit 38,5 Wochenstunden (39,0 Wochenstunden ab 01.10.2012) tätig, 30 Mitarbeiter/-innen hatten Verträge mit einer Arbeitszeit von mindestens 19,5 Wochenstunden, während 22 Personen unter 19,5 Std. in der Woche beschäftigt wurden. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 14 schwerbehinderte Menschen beschäftigt (per 31.12.2011: 17). Damit war – wie in den Vorjahren – keine Ausgleichsabgabe zu entrichten.

Mit Datum vom 17.07.2012 wurden mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di die Änderungsvereinbarungen zu den nachstehenden Tarifverträgen vereinbart:

1. 17. Änderungsvereinbarung zum Rahmentarifvertrag
2. 28. Änderungsvereinbarung zum Gehaltstarifvertrag
3. 2. Änderungsvereinbarung zum Tarifvertrag über zusätzlich freie Tage.

Für die zusätzliche Altersversorgung der Mitarbeiter/-innen der DKLB gelten – mit Ausnahme der Pensionäre, die vor dem 01.04.1959 eingestellt wurden – die Regelungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

4. Spielauftrags- und Losaufkommen

Im Berichtsjahr wurden von den Spielteilnehmern insgesamt 20,9 Mio. (Vorjahr: 21,2 Mio.) Spielaufträge bei den Annahmestellen abgegeben (ohne Abonnements). Bezogen auf die Transaktionen bei den einzelnen Veranstaltungen resultierten daraus 39,5 Mio. (Vorjahr: 41,5 Mio.) Spielteilnahmen.

Darüber hinaus wurden von den Annahmestellen 2,2 Mio. (Vorjahr: 2,0 Mio.) Rubbellose veräußert, wobei die Umsätze durch das von der Kundschaft gut angenommene Angebot im oberen Preissegment (5 €-Lose) um 46,1 % stiegen.

5. Sonder- und Prämienauslosungen

In 2012 fanden wie in den Vorjahren von den Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks getragene Sonderauslosungen in verschiedenen Spielarten statt, für deren Teilnahme keine gesonderten Spieleinsätze erhoben wurden. Die Gewinnbeträge

wurden aus nicht abgeholten Gewinnen, dem GlücksSpirale-Fonds sowie aus Spitzenbeträgen bei der Quotenermittlung aufgebracht. Bei den Blocksonderauslosungen wurden Geld- und Sachgewinne ausgespielt.

Anzumerken ist, dass die DKLB Sonderauslosungen nicht mehr in der Überschrift mit dem Begriff „Sonderauslosung“ benennen, sondern nur noch über eine „bundesweite Verlosung“ informieren darf. Die DKLB verliert dadurch erneut deutlich an Kommunikationskraft.

6. Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage

Ertragslage

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2012 weist einen an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinn von €4,7 Mio. (Vorjahr: € 5,7 Mio.) aus. Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde ein Ergebnis von €5,7 Mio. (Vorjahr: € 6,6 Mio.) erzielt.

Vermögenslage / Finanzlage

Das Anlagevermögen, die Vorräte und ein Teil des sonstigen Umlaufvermögens sind durch das Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 42,0 % (Vorjahr: 46,4 %).

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr überwiegend stichtagsbedingt um 10,8 %.

Liquiditätslage

Die Liquiditätslage der DKLB ist gesichert. Den Geld- und Wertpapierbeständen von € 54,3 Mio. stehen „kurzfristige Passiva“ (inkl. des an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinns) von €35,1 Mio. gegenüber, sodass sich eine Überdeckung von € 19,2 Mio., d.h. 154,7 % ergibt.

Unter Einbeziehung der übrigen „kurzfristigen Aktiva“ errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 170,7 %. Die Vorräte blieben dabei außer Ansatz, weil sie im Wesentlichen zur Veräußerung an Dritte weder bestimmt noch geeignet sind.

Die Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage ist wie auch in den Vorjahren wohlgeordnet.

7. Vertriebsorganisation und Marketing / Kundenmanagement

Vertriebsorganisation

Die Anzahl der Annahmestellen konnte

auf 970 Annahmestellen (ASt) gesteigert werden (Vorjahr: 962 ASt). 50 Schließungen standen 58 Annahmestellen gegenüber, die im Jahresverlauf neu eröffnet wurden. Zusätzlich fanden 60 Inhaberwechsel statt.

Die Vertriebsarbeit der DKLB war im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen von folgenden Herausforderungen geprägt:

- Die schlechte wirtschaftliche Situation der klassischen Annahmestellen verbesserte sich auch in diesem Berichtsjahr nicht und wirkte sich in Form von Kündigungen oder Insolvenzen aus. Der weiterhin abnehmenden Anzahl dieser Annahmestellen mit dem Hauptsortiment Tabakwaren / Presseerzeugnisse standen Neu-Eröffnungen vor allem in ausgewählten Tankstellen gegenüber. Damit konnte der Trend der Annahmestellen-Reduzierung gestoppt werden. Jedoch nimmt der Aufwand, bestehende sowie neue Standorte zu besetzen, ständig zu und führt immer öfter nicht zu einem erfolgreichen Abschluss. Es fehlen nach wie vor Alternativen an Outlets zur Kanalisierung des Spieltriebs der Bevölkerung, da Genehmigungen für neue Vertriebswege, wie z. B. in Bau- und Supermärkten oder nicht begehbaren Kiosken, seitens der Aufsichtsbehörde nicht erteilt werden.
- Für ca. 120 Annahmestellen wurden für Neueröffnungen und Inhaberwechsel Erlaubnisse beantragt. Dabei wurde insbesondere dafür Sorge getragen, dass bei Standorten in der Nähe von allgemeinbildenden Schulen der DKLB-Auftritt sowohl im Innen- als auch im Außenbereich unter Jugendschutzaspekten auf ein Mindestmaß beschränkt ist. Für weitere ca. 900 bestehende Annahmestellen mussten in Verbindung mit dem Glücksspielstaatsvertrag n.F. samt Ausführungsgesetz erneut Erlaubnisse beantragt werden.
- Der Spieler- und Jugendschutz wurde im laufenden Geschäftsbetrieb überwacht und optimiert. Dazu wurden u.a. im 1. Halbjahr Testkäufe durch unabhängige Dritte in den Annahmestellen durchgeführt.
- Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Vertriebes ist nach wie vor die Schulung von Annahmestellenmitarbeitern. Dabei wird neben Produkt- und Beratungsmodulen besonderer Wert auf Spielsuchtprävention und Jugendschutz gelegt. Regelmäßige Aktualisierungskurse sollen die angestrebte Qualität im Umgang mit

den Kunden gewährleisten. In 2012 wurden 327 Seminare im DKLB-Schulungszentrum durchgeführt, die von insgesamt 2.219 Teilnehmern besucht wurden. Ab dem 4. Quartal 2012 standen erstmalig auch zeitgemäße E-Learning-Angebote zur Verfügung.

Auch im Berichtsjahr erfolgte eine turnusmäßig erforderliche Durchführung von Aufbau-Präventionsschulungen bezüglich Jugendschutz und Glücksspielsucht in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin.

In 2012 betrugen die durchschnittlichen Wocheneinnahmen je Annahmestelle € 5.076 (Vorjahr: € 5.199). Pro Kopf der Bevölkerung wurden € 1,43 (Vorjahr: € 1,47) je Woche für Glücksspielprodukte der DKLB ausgegeben.

Marketing/Kundenmanagement

Der Kommunikation der Deutschen Klassenlotterie Berlin kommt eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages zu, da hier die entscheidenden Weichen gestellt werden, um den natürlichen Spieltrieb der volljährigen Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zu lenken.

Für die DKLB als Anstalt öffentlichen Rechts gilt hinsichtlich der Kommunikation das Transparenzgebot in besonderem Maße. Daraus ergibt sich die Verpflichtung der DKLB in alle (volljährigen) Bevölkerungsschichten hinein über die LOTTO-Produkte, die Spielbedingungen, die Chancen und Risiken sowie über die Verwendung der LOTTO-Mittel zu informieren, auch um ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern. Als besonders problematisch erweist sich dabei zunehmend, dass die Kommunikation zum größten Teil auf die Annahmestellen der DKLB beschränkt ist, wodurch die Kanalisierungswirkung bei anderen spielaffinen Bevölkerungsgruppen kaum wirksam werden kann.

Nach Absprache mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie auf Basis des genehmigten Kommunikationskonzeptes, welches ein Bestandteil der Veranstaltungserlaubnis der DKLB ist, wurde über das bestehende Angebot der DKLB in angemessener Form und Intensität informiert. Zusätzlich fand eine spezielle Kommunikationsmaßnahme für die neuen Internetteilnahmemöglichkeiten statt.

8. Investitionen

Investitionen wurden im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der erkennbar

gedämpften Entwicklung des Spielgeschäfts mit gebotener Vorsicht und vorrangig im Hinblick auf die Schaffung der Grundlagen für das Internet-Spielgeschäft inkl. der Abwicklung für Mandanten aus dem DLTB getätigt.

Im Bereich Hardware wurden vorrangig Investitionen in die Notstromversorgung und in das Internet-System getätigt. Die Büroeinrichtung wurde bedarfsgerecht angepasst und die Ausstattung der DKLB mit PCs, Notebooks, Monitoren und Druckern den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend teilweise erneuert.

Insgesamt belaufen sich im Berichtsjahr die Zugänge zum Anlagevermögen auf € 1,8 Mio.

9. Berliner Corporate Governance Kodex

Gemäß Beschlussfassung des Verwaltungsrates vom 23.06.2005 findet der Deutsche Corporate Governance Kodex (seit März 2009 in der Ausprägung des Berliner Corporate Governance Kodex) Anwendung auf die DKLB. Die im Kodex vorgesehene jährliche gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand zur Unternehmensführung („Entsprechenserklärung“) für das Geschäftsjahr 2012 ist dem Lagebericht als Anlage beigefügt.

10. Responsible Gaming

Die DKLB orientiert ihr Spielgeschäft seit jeher an einer streng ordnungsrechtlich geprägten Grundeinstellung. Seit dem Jahr 2008 sind Grundsätze eines verantwortungsvollen Glücksspielangebotes auch in den gesetzlichen Rahmenbedingungen (Glücksspielstaatsvertrag nebst Ausführungsgesetz) in verstärktem Maße vorgegeben. Die Europäischen Standards für Responsible Gaming der European State Lotteries and Toto Association (EL) bilden eine weitere wesentliche Grundlage des Spielangebotes und des Kommunikationskonzeptes der DKLB. Die DKLB ist seit 2011 nach den Responsible Gaming Standards der EL zertifiziert. Im Rahmen der „Teilzertifizierung“ in 2012 wurde festgestellt, dass die Anforderungen des Europäischen Standards für verantwortungsvolles Glücksspiel weiterhin von der DKLB erfüllt werden; die DKLB erzielte 972 von 1.000 möglichen Punkten.

Über Inhalte, Aktivitäten und Zielsetzungen im Zusammenhang mit Responsible Gaming veröffentlicht die DKLB eine separate Berichterstattung.

11. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Risikomanagement

Die Risikosituation der DKLB ist geprägt durch das allgemeine rechtliche Umfeld, insbesondere durch die Gesetzgebung des Landes Berlin, die spezifische Rechts- und Wettbewerbssituation im Glücksspielbereich sowie allgemeine Marktrisiken.

Der Vorstand begegnet diesen Risiken durch ein Risiko-Management-System, welches die sorgfältige Beobachtung und Erfassung der Risiken, ein laufendes Risiko-Reporting, regelmäßige Analysen und die Identifizierung und Entwicklung von Gegenmaßnahmen umfasst.

Dabei werden insbesondere Frühwarnindikatoren, z.B. zur Umsatz- und Ausschüttungsentwicklung und zur Verfügbarkeit zentraler EDV-Systeme sowie des Datennetzes, überwacht. Entsprechende Risiko-Reports werden laufend weiterentwickelt und sind in die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand integriert. Die jeweils aktuellen Risiko-Reports sind ebenso wie aktuelle Umsatz- und Ergebnis-Reports durch den Vorstand jederzeit über ein Vorstands-Informationssystem abrufbar.

Darüber hinaus wurde in Ergänzung zu diesem Risiko-Management-System eine unternehmensweite, auf ISO 27001 basierende prozess- und ressourcenorientierte Risikoanalyse erarbeitet, die kontinuierlich weiterentwickelt, jährlich überprüft und aktualisiert sowie in einem Risikoregister konsolidiert wird. Auf dieser Grundlage werden weitere risikoreduzierende Schutzmaßnahmen identifiziert und umgesetzt.

b) Chancen und Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen

Am 31.01.2013 hat die DKLB die Erlaubnisse für die Hauptspiele und die Lotterie GlücksSpirale für die Jahre 2013-2017 in der jetzt geltenden Fassung erhalten. Wider Erwarten beinhalten diese Erlaubnisse keine Erleichterungen im Sinne eines der Spielsuchtgefahren berücksichtigenden abgestuften Verfahrens.

So muss die DKLB im Gegensatz zur alten Erlaubnis zum Beispiel ab Januar 2013 für alle geplanten Sonderauslosungen gesonderte Genehmigungen einholen. In Bezug auf das Internet-spielangebot müssen gemäß der vorliegenden Veranstaltungserlaubnis die Bedingungen der Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) für geschlossene

Benutzergruppen umgesetzt werden. Dies stellt neben den anfallenden hohen Umstellungskosten und organisatorischen Aufwendungen insbesondere für die Spieler erhebliche Erschwernisse dar, weil die für die Authentifizierung und Identifizierung notwendigen Zugangsdaten nach der erfolgreichen Prüfung über das Schufa-Q-Bit-Verfahren zusätzlich über eigenhändig zugestellte Einschreibebriefe übersandt werden müssten.

Alternativ müssten die Spieler über das Post- bzw. Annahmestellen-Identifikationsverfahren verifiziert werden. Dieser geforderte Medienbruch stellt eine aus Sicht der DKLb nicht notwendige und bei den „ungefährlichen“ Lotterieangeboten unverhältnismäßige Einschränkung dar. Zudem soll die DKLb bis Ende 2013 alle bereits nach der alten Interneterlaubnis identifizierten und authentifizierten Spieler noch einmal nach den neuen Regeln identifizieren und authentifizieren.

Zwar soll sich das Glücksspielkollegium darauf verständigt haben, dass die Erlaubnisvoraussetzungen einheitlich gestellt werden, dennoch zeichnet sich ab, dass einzelne Aufsichtsbehörden durchaus angemessenere Zugangswege erlauben. So schreiben zwar alle Aufsichtsbehörden Identifizierungsregeln gemäß KJM oder vergleichbar vor, die Auslegung und damit die Anerkennung alternativer Verfahren wird jedoch sehr heterogen gehandhabt. Sollte es bei den schlechteren Rahmenbedingungen der DKLb bleiben, besteht für die erfreulich gestarteten Internet-Umsätze das Risiko einer Abwanderung in den Schwarzmarkt.

Auch bei den Laufzeiten der Erlaubnisse gibt es Unterschiede. Während die Laufzeit der Erlaubnis für die DKLb auf den 31.12.2017 beschränkt ist, reichen die Laufzeiten bei anderen Gesellschaften bis 2021 oder sie sind sogar unbefristet ausgesprochen.

Die DKLb hat gegen die Nebenbestimmungen der Erlaubnis Klage eingereicht. Parallel hat sie – bisher erfolglos – Gespräche mit der Staatsaufsicht geführt, um angemessene Änderungen in der Erlaubnis zu erreichen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass auch gewerbliche Spielvermittler verwaltungsrechtlich gegen die ihnen in der Erlaubnis erteilten Nebenbestimmungen klagen.

Am 23.01.2013 hat Schleswig-Holstein beschlossen, dem GlüStV n.F. beizutreten und den eigenen Weg aufzugeben. Gleichzeitig hat die Verwaltung aber bis wenige Stunden vor der Entscheidung Konzessionen sowohl für Sportwetten-

anbieter als auch für Casino- und Pokeranbieter im Internet erteilt. Da diese eine Laufzeit von sechs Jahren haben, ist unklar, welche Auswirkungen dies auf das gemeinschaftsrechtlich gebotene Kohärenzprinzip haben wird.

Der BGH hat mit einer auf den 24.01.2013 datierten Entscheidung beschlossen, diese Kohärenzfragen dem EuGH zur Klärung vorzulegen. Im Kern geht es darum, ob es am Beispiel des Internets kohärent ist, wenn in Schleswig-Holstein der Internetvertrieb und die Internetwerbung liberalisiert sind, während im restlichen Teil der Bundesrepublik ein Internetverbot mit Erlaubnisvorbehalt besteht. Des Weiteren soll der EuGH klären, ob das System dann kohärent wird, wenn Schleswig-Holstein dem Glücksspielstaatsvertrag der 15 Länder beitrifft, die bisherigen großzügigeren Regelungen des Internetspiels in diesem Bundesland hinsichtlich der dort bereits erteilten Konzessionen aber noch für eine mehrjährige Übergangszeit fortgelten, weil diese Genehmigungen nicht oder nur gegen für das Bundesland schwer tragbare Entschädigungszahlungen widerrufen werden können.

Es ist davon auszugehen, dass eine Entscheidung des EuGH zu den Vorlagenfragen des BGH eine Zeit von ca. zwei Jahren beanspruchen wird. Es ist zu befürchten, dass während dieser Zeit ein Vollzug gegen private, nicht erlaubte Sportwetten- und Casinoanbieter aus dem europäischen Ausland im Internet weitgehend ruht. Noch ist nicht erkennbar, dass die Aufsichten der Bundesländer die Regelungen des GlüStV n.F. konsequent anwenden und vollziehen werden.

Bereits Anfang 2013 hat der VGH Baden-Württemberg in einer rechtskräftigen Entscheidung einem in Malta ansässigen Glücksspielanbieter im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes wegen offensichtlich bestehender Mängel an der Kohärenz erlaubt, seine Spielangebote weiter über das Internet anzubieten.

Es bleibt zudem abzuwarten, welche Konsequenzen die EU-Kommission aus der Tatsache ableitet, dass Schleswig-Holstein trotz erheblicher Bedenken der Kommission im Notifizierungsverfahren die Gesetzesänderung vollzogen hat.

Bei einer Aussetzung des Vollzuges gegenüber nicht erlaubten Anbietern und gleichzeitiger Konzentration der Aufsichten auf strenge Regulierung der staatlichen Anbieter wird es auch weiterhin zu gefährlichen Wettbewerbsverzerrungen kommen, die zulasten der staatlichen Anbieter gehen.

Auch aus dem aktuellen Ausführungsgesetz zum GlüStV n.F. für das Land Berlin ergeben sich eine Vielzahl von bußgeldbewehrten Vorgaben, z. B. hinsichtlich des Verbots der Spielteilnahme Minderjähriger, Hinweispflichten auf Spielscheine und Informationsmaterialien (u. a. zur Suchtprävention) oder der Verhinderung der Spielteilnahme von in einem bundesweiten Sperrsystem gesperrten Spielern. Die DKLb beachtet diese Vorgaben sorgfältig und wirkt auch entsprechend auf ihre Annahmestellen und andere Vertragspartner ein. Dennoch besteht im Falle von Nichtbeachtungen dieser Vorschriften – auch verursacht durch das Verhalten Dritter – das Risiko entsprechender Bußgeldzahlungen. Bei der Diskussion des neuen Ausführungsgesetzes wird die DKLb versuchen, Regelungen zu erreichen, die diese Risiken minimieren.

Rechtliche Risiken bestehen darüber hinaus unter anderem in Form von Schadensersatzansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten. Diese betreffen in erster Linie noch anhängige Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem bis 30.06.2012 geltenden Glücksspielstaatsvertrag.

Für ein gegen WestLotto anhängiges Gerichtsverfahren, bei dem die DKLb nach derzeitiger Einschätzung anteilig mithaftet, wurde eine angemessene Rückstellung gebildet.

Die DKLb unterliegt, was Struktur und Abgaben angeht, möglichen Änderungen in der Gesetzgebung des Landes Berlin, woraus ebenfalls wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung für die DKLb erwachsen könnten.

Beim Spielangebot ist seit März 2012 die neue länderübergreifende Lotterie Eurojackpot hinzugekommen, die aber die Erwartung daraus entstehender positiver Umsatzimpulse im Berichtsjahr noch nicht voll erfüllt. Durch den Wegfall der „Zwangsausschüttung“ nach 12 Wochen in der Gewinnklasse 1 besteht seit Februar 2013 die Möglichkeit, dass sich höhere Jackpots als bisher aufbauen. Dies könnte zu einer weiteren Stärkung dieses Spielangebotes führen. Im Hauptspiel LOTTO 6aus49 werden ab Mai 2013 deutliche Veränderungen einschließlich einer Spieleinsatzserhöhung von € 0,75 auf € 1,- umgesetzt, die auch hier die Attraktivität und die Häufigkeit von Gewinnerlebnissen verbessern sollen.

Nach dem Inkrafttreten des GlüStV n.F. ist der DKLb seit November 2012 ein Spielangebot über das Internet wieder möglich. Hier ist eine erfreuliche Entwicklung festzustellen, die die bestehende Nachfrage und ein hohes Kundeninteresse an diesem

Vertriebsweg eindrucksvoll bestätigt. Auch hieraus erwartet der Vorstand weiterhin positive Impulse. Es besteht die Gefahr, dass diese bislang gute Entwicklung aufgrund von in der geltenden Veranstaltungserlaubnis enthaltenen Nebenbestimmungen im Zusammenhang mit der Identitätsprüfung neuer und bereits bestehender Internetkunden, in erheblichem Maße beeinträchtigt bzw. zurückgeworfen wird. Die DKLБ hat aufgrund der großen strategischen Bedeutung dieses Vertriebsweges rechtliche Schritte gegen diese Bestimmungen eingeleitet.

Darüber hinaus stellt die DKLБ ihre Internet-Plattform auch für Mandanten aus dem DLTБ bereit und ist für diese Mandanten als Dienstleister tätig. Die Umsätze der Mandanten und damit die von der DKLБ aus der Dienstleistertätigkeit erzielten Erträge haben sich erfolgreich entwickelt. Die DKLБ erwartet, dass sich diese positive Tendenz fortsetzt.

c) Spieleinsatzrisiken

Ein zentrales Risiko im Umsatzbereich ergibt sich - neben den rechtlichen und behördlichen Einschränkungen und Auflagen beim Vertrieb, der Kommunikation und/oder der Produktgestaltung - aus einem veränderten Lebens-, Einkaufs- und Arbeitsverhalten der Spielteilnehmer. Diese Verhaltensänderungen, z. B. verstärkte Nutzung von Online-Einkaufsmöglichkeiten oder Telearbeit, sind in zunehmendem Maße in den jüngeren Altersgruppen zu beobachten, betreffen aber grundsätzlich alle Altersgruppen. Bei unverändertem Produktangebot und Vertrieb ergibt sich bereits heute eine Reduzierung der aktiven Spielteilnehmer und damit verbunden eine rückläufige Tendenz der Umsätze. Die DKLБ konzentriert sich darauf, dieser negativen Entwicklung durch die Wiederaufnahme des Internet-Spielbetriebs (seit November 2012) sowie durch entsprechende Schwerpunktsetzungen bei neuen Standorten entgegenzutreten.

Zusätzlich wird durch die Reduzierung und Veränderung der Kommunikationsmaßnahmen und -inhalte, sowohl in den Annahmestellen als auch in den lokalen Medien, die Verankerung der DKLБ-Lotterielprodukte bei den Spielteilnehmern und potenziellen Kunden deutlich verringert. So hat sich in Berlin seit Mai 2007 die Bekanntheit der GlücksSpirale von 91 % auf 79 %, die Bekanntheit bei ODDSET von 76 % auf 55 % und die Bekanntheit der Lotterie KENO von 68 % auf 56 % reduziert (Quelle: OMD Snapshots Mai 2007 und Nov. 2012), was grundsätzlich für Konsumgüter- und Dienstleistungsanbieter im Endkundengeschäft eine dramati-

sche Reduzierung von Kanalisierungsmöglichkeiten bedeutet.

Hinsichtlich der Jackpot-Kommunikation gilt seit Mitte 2011 auf Basis einer Anordnung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine deutliche Beschränkung bei der Senderauswahl und Hörerreichweite, was im Zusammenwirken mit den grafischen Vorgaben bezüglich der Jackpot-Plakate seitens der Gerichte eindeutige Wirkung auf die Kanalisierungsmöglichkeiten und die Umsatzsituation der DKLБ zeigt. Inwieweit sich aufgrund der neuen Werb Richtlinie hier eine Entspannung der Situation ergibt, ist nicht absehbar.

Zusätzlich wirkte sich im Berichtsjahr das in 2011 von der Lottereaufsicht erteilte Verbot der Sonderauslosung Berlin-Prämie deutlich negativ auf den Umsatz und den Ertrag der DKLБ aus. Das Verbot ist erteilt worden, obwohl es keine Gerichtsurteile hierzu gab. Berlin ist nach Kenntnis der DKLБ das einzige Bundesland, in dem diese Art der Sonderauslosung von der Lottereaufsicht verboten wurde. Für 2013 wurde – unter Auflagen – wieder eine Genehmigung in Aussicht gestellt.

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Glücksspielstaatsvertrages, des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag für das Land Berlin sowie der Grundsätze eines verantwortungsbewussten Spielangebotes (Responsible Gaming) hat die DKLБ die Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes und zur Spielsuchtprävention weiter verfeinert und intensiviert. Dabei war wie im Vorjahr zu verzeichnen, dass als Folge, z.B. der Einführung von Pflicht-Kundenkarten, die Spielteilnahme erschwert wurde und ein Ausweichen auf gefährliche Angebote und ein Nachfragerückgang bei der DKLБ zu verzeichnen war.

Unkonzessionierte gewerbliche Vermittler und Anbieter beeinflussen weiterhin die Umsatzentwicklung und damit das Ergebnis der DKLБ. Hinzu kommt im Sportwettenbereich der gemäß GlüStV n.F. bevorstehende Markteintritt konzessionierter Konkurrenten im terrestrischen Vertrieb.

12. Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Über die in Ziffer 11. erläuterten Ereignisse hinaus haben sich keine wesentlichen Vorgänge nach dem Bilanzstichtag ergeben.

13. Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014

Bei den wirtschaftlichen Rahmenbe-

dingungen ist die Entwicklung der verfügbaren Einkommen, der Arbeitslosenquote und vor allem der Kaufbereitschaft der DKLБ-Kunden für das Jahr 2013 nicht absehbar. Die Bereitschaft, Geldmittel für Glücksspielprodukte einzusetzen, wird grundsätzlich stark von dem Grad der positiven Erwartung künftiger persönlicher Sicherheit geprägt. Gerade in der Kernzielgruppe der DKLБ ist diesbezüglich auch in nächster Zeit nicht mit nachhaltigen Impulsen zu rechnen, welche die Ausgaben für das Glücksspiel positiv beeinflussen. Im Bereich der derzeitigen Annahmestellenstruktur ist ebenfalls keine deutliche Umkehr der seit längerem negativen Trends zu erwarten. Neue Vertriebskanäle werden seitens der Staatsaufsicht auch weiterhin nur sehr restriktiv genehmigt.

Die DKLБ wird ihren eingeschlagenen Kurs auch in Zukunft konsequent fortsetzen und die neuen Möglichkeiten des GlüStV n.F. nutzen. Dazu gehört auch - ggf. gemeinsam mit Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Toto-Blocks - die laufende Befassung mit Produktverbesserungen und Produktinnovationen. Nur so lässt sich der mit dem Glücksspielmonopol untrennbar einhergehende Kanalisierungsauftrag erfüllen.

Die Anzahl der regelmäßig spielenden Kunden, die eine Annahmestelle aufsuchen, reduziert sich aber weiter kontinuierlich, da die ältere, bisher mit LOTTO vertraute Kundschaft weniger wird und jüngere Spieler vor allem auf leicht verfügbare Alternativen wie Casinospiele oder Sportwetten im Internet ausweichen. Wegen der auch in näherer Zukunft eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten der DKLБ über moderne, zielgruppenaffine Kommunikationskanäle ist dieser Kundentypus immer noch schwer zu erreichen.

Auf Grundlage des GlüStV n.F. wird die DKLБ ihre gesetzliche Aufgabe weiter erfüllen. Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen sind aber - ohne positive Einflüsse aus Jackpotphasen - allenfalls leichte Umsatzsteigerungen für 2013 und 2014 zu erwarten.

Im Sportwettenbereich wird das ODDSET-Angebot nach dem Markteintritt konzessionierter Wettbewerber und einer Übergangszeit voraussichtlich zum Jahresende 2013 entfallen, da sich die DKLБ nicht an der Gesellschaft von Unternehmen aus dem DLTБ beteiligt hat, die das ODDSET-Geschäft als konzessionierter Marktteilnehmer betreiben wird. Hieraus werden entsprechende Umsatzeinbußen resultieren. Das TOTO-Spielangebot bleibt unverändert bestehen. Welche Veränderungen sich in den

Bereichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten sowie Internet konkret ergeben, bleibt abzuwarten.

Für die Tochtergesellschaft, die LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, wird auch im Geschäftsjahr 2013 sowie für das Jahr 2014 ein leicht positives Ergebnis erwartet.

Zum Abschluss möchten wir wieder allen Berlinerinnen und Berlinern danken, die bei den Spielangeboten der DKLB ihr Glück versuchen und es durch ihren Spieleinsatz möglich machten, der DKLB-Stiftung im Berichtsjahr Zweckabgaben in Höhe von rd. € 49,3 Mio. sowie den Bilanzgewinn des Vorjahres (€ 5,7 Mio.) zum Zwecke der Förderung sozialer, karitativer, dem Umweltschutz dienlicher, kultureller, staatsbürgerlicher, jugendfördernder und sportlicher Vorhaben in und für Berlin zur Verfügung zu stellen.

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKLB, allen Annahmestellenleiterinnen und -leitern und deren Helferinnen und Helfern gebührt für die in erneut schwierigen Zeiten geleistete Arbeit der herzliche Dank des Vorstandes. Wir sind davon überzeugt, dass auch in Zukunft eine gute, an den vorgegebenen Zielen ausgerichtete und erfolgreiche Arbeit geleistet werden wird.

Berlin, den 10. Mai 2013
DER VORSTAND

Gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB)

für das Jahr 2012 gemäß dem Berliner Corporate Governance Kodex und Anlage 7.1 der Beteiligungshinweise des Landes Berlin
– Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 –

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes / Verwaltungsrates
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung/Vorstand und Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
I.1.	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2.	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrates. 	<p>Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.</p> <p>Lediglich Tagesordnungspunkte über Vorstandsangelegenheiten wurden teilweise ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.</p>
I.3.	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Der Vorstand hat alle zustimmungspflichtigen Geschäfte dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen des DKLB-Gesetzes bestand eine Geschäftsanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.</p>
I.4.	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5.	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Verwaltungsrates gewahrt.</p> <p>Es besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
II. Geschäftsleitung /Vorstand		
II.1.	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagementsystem, welches ständig weiter bearbeitet wird.</p>
II.2.	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in der Geschäftsanweisung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt.</p> <p>Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.</p>
II.3.	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung des Vorstands setzt sich aus einem Fixum und aus einer variablen Tantieme zusammen. Bezüglich der variablen Tantieme erfolgte die Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung. Die Bemessung der Tantieme erfolgt jeweils im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses des vergangenen Geschäftsjahres. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder des Vorstandes und der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Über die variablen Vergütungsregelungen hat der Verwaltungsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes werden im Anhang zum Jahresabschluss jeweils einzeln ausgewiesen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt einen gesonderten Bezügebericht. Abfindungen wurden nicht geleistet.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III. Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
III.1.	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates. 	Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben gemäß DKLB-Gesetz und der Geschäftsanweisung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.
III.2.	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen sowie Erst- bzw. Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern werden im Plenum des Verwaltungsrates nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Die Amtszeit des Vorstandes endet grundsätzlich mit Vollendung des Lebensjahres, dem das Regelalter für den Bezug einer ungekürzten Altersrente in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entspricht.</p> <p>Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, teilweise nach Vorbefassung in den Arbeitsausschüssen Finanzen oder Personal.</p>
III.3.	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende über besondere Ereignisse unterrichtet.
III.4.	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Verwaltungsrat hat folgende Ausschüsse: Arbeitsausschuss Finanzen, Arbeitsausschuss Personal.</p> <p>Ein Prüfungsausschuss bestand nicht. Entsprechende Aufgaben werden vom Arbeitsausschuss Finanzen wahrgenommen. Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Verwaltungsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Verwaltungsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
III.5.	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Gemäß Erklärung in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 13.12.2012 hat kein Verwaltungsratsmitglied im Jahr 2012 die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Verwaltungs- / Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III.6.	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung. 	Der Verwaltungsrat hat die jährliche Zielvereinbarung zwischen Verwaltungsrat und Vorstand im Rahmen seiner Zuständigkeit gemäß DKLB-Gesetz abgeschlossen.
III.7. und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Verwaltungsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
IV. Interessenkonflikte		
IV.1.	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2.	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3. und 4.	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates. 	Interessenkonflikte sind nicht entstanden.
IV.5.	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen bestand nicht.</p> <p>Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
IV.6.	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist einziger Gesellschafter und Geschäftsführer der jobolo innovations GmbH. Der Verwaltungsrat hat dieser Nebentätigkeit zugestimmt.
IV.7.	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	Mitgliedern des Vorstandes und Mitgliedern des Verwaltungsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.
V. Transparenz		
V.1. und 2.	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Über Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurde der Verwaltungsrat unverzüglich unterrichtet.</p> <p>Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
VI. Rechnungslegung		
VI.1. bis 3.	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte. 	<p>Der Jahresabschluss 2011 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Verwaltungsrat am 31.03.12 vorgelegt.</p> <p>Quartalsberichte werden den Mitgliedern des Verwaltungsrats innerhalb von 30 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums übermittelt.</p> <p>Die Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.</p>
VII. Abschlussprüfung		
VII.1.	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Verwaltungsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2.	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung. 	<p>Der Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer wurde vom Rechnungshof von Berlin erteilt; dieser hat auch die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII.3.	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Die Abschlussprüfer wurden gemäß Ziff. VII.3. des Berliner Corporate Governance Kodex beauftragt, über alle für die Aufgaben des Verwaltungsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, sowie über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Verwaltungsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben, gesondert zu berichten (sog. Redepflicht des Abschlussprüfers).</p> <p>Berichtspflichten des Abschlussprüfers aus der Beachtung von Ziff. VII.3 des Berliner Corporate Governance Kodex haben sich während der Abschlussprüfung nicht ergeben.</p>
VII.4.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beteiligungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss teil.</p>

Deutsche Klassenlotterie Berlin

rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite

		31.12.2012			31.12.2011
		€	€	€	T€
A.	Anlagevermögen				
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	1.670.844,54			619
2.	geleistete Anzahlungen	<u>65.688,87</u>	1.736.533,41		327
II.	Sachanlagen				
1.	Grundstücke mit Verwaltungsgebäude und anderen Bauten	93.220,27			93
2.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>2.030.424,24</u>	2.123.644,51		2.931
III.	Finanzanlagen				
	Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>250.000,00</u>	4.110.177,92	<u>250</u> 4.220
B.	Umlaufvermögen				
I.	Vorräte				
	Spielscheine und andere Betriebsstoffe		290.111,84		332
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1.	Forderungen aus der Spielabwicklung				3.917
a)	Forderungen aus der Spielabrechnung	4.190.938,68			
b)	andere Forderungen	<u>221.285,37</u>	4.412.224,05		0
	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € -,-; Vorjahr: T€ -				
2.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		181.243,16		200
	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € -,-; Vorjahr: T€ -				
3.	sonstige Vermögensgegenstände		1.017.166,34		767
	davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: € 3.600,00; Vorjahr: T€ 0,4				
III.	Wertpapiere				
	Sonstige Wertpapiere		14.977.549,50		16.404
IV.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>39.334.961,90</u>	60.213.256,79	<u>31.909</u> 53.529
C.	Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.018.332,96</u>	<u>1.219</u>
				<u>65.341.767,67</u>	<u>58.968</u>

Berlin, den 10.05.2013
DER VORSTAND

Passivseite

		31.12.2012			31.12.2011
		€	€	€	T€
A.	Eigenkapital				
I.	Gezeichnetes Kapital		10.225.837,62		10.226
II.	Rücklagen				
	Zweckgebundene Rücklagen				
a)	Sicherheitsrücklage	6.112.300,00			6.466
b)	Rücklage für mittelfristige Instandhaltungsplanung	2.265.000,00			1.859
c)	Rücklage für Zukunftsinvestitionen EDV	2.113.000,00			2.171
d)	Rücklage für Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen	<u>2.000.000,00</u>	12.490.300,00		1.000
III.	Bilanzgewinn		<u>4.699.965,24</u>		<u>5.663</u>
				27.416.102,86	27.385
B.	Rückstellungen				
1.	Rückstellungen für Pensionen		<u>1.555.666,00</u>		<u>1.572</u>
2.	sonstige Rückstellungen		<u>4.088.417,00</u>		<u>3.277</u>
				5.644.083,00	4.849
C.	Verbindlichkeiten				
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 667.125,46; Vorjahr: T€ 742		667.125,46		742
2.	Verbindlichkeiten aus der Spielabwicklung davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 14.518.721,77; Vorjahr: T€ 14.362				
a)	Verbindlichkeiten aus der Gewinnabrechnung	7.783.078,29			7.899
b)	andere Verbindlichkeiten	<u>6.761.643,48</u>	14.544.721,77		6.516
3.	Verbindlichkeiten gegenüber der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.983.464,55; Vorjahr: T€ 1.035		1.983.464,55		1.035
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 472.738,26; Vorjahr: T€ 411		472.738,26		411
5.	sonstige Verbindlichkeiten davon		8.706.854,63		4.320
-	aus Steuern: € 7.711.886,27; Vorjahr: T€ 4.122				
-	im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 57,28; Vorjahr: T€ -				
-	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 8.706.854,63 Vorjahr: T€ 4.320				
D.	Rechnungsabgrenzungsposten			<u>26.374.904,67</u>	<u>20.923</u>
				5.906.677,14	5.811
				<u>65.341.767,67</u>	<u>58.968</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012			2011	
	€	€	€	T€	T€
1. Umsatzerlöse					
a) Erlöse aus Spieleinsätzen		248.446.173,05		261.373	
b) sonstige Umsatzerlöse		<u>10.459.132,00</u>		<u>9.908</u>	
		258.905.305,05		271.281	
2. sonstige betriebliche Erträge					
(davon nicht ausgezahlte Gewinne für die Prämienauspielung: € 460.181,63; Vorjahr: T€ 1.639)		<u>3.609.665,22</u>		<u>4.631</u>	
			262.514.970,27		275.912
3. Aufwendungen aus dem Spielgeschäft					
a) Gewinnausschüttung	120.429.895,17			126.334	
b) Aufwendungen für Spielscheine u. Ä.	396.719,52			454	
c) Prämienauspielung	460.181,63			1.639	
d) Zweckabgabe gemäß § 6 DKLB-Gesetz	49.689.234,61			52.275	
e) Zweckertrag der GlücksSpirale	1.468.631,10			1.487	
f) Provision und erstattete Umsatzsteuer	19.267.868,19			20.304	
g) Lotteriesteuer/Sportwettensteuer	<u>42.871.599,10</u>			<u>45.213</u>	
		234.584.129,32		<u>247.706</u>	
4. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	8.049.135,77			7.690	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 1.261.096,76; Vorjahr: T€ 1.037)	<u>2.742.395,62</u>			<u>2.473</u>	
		10.791.531,39		<u>10.163</u>	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.873.758,68		<u>1.784</u>	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>10.245.706,87</u>		<u>10.308</u>	
			257.495.126,26		269.961
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		884.320,23		895	
8. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		83.475,00		212	
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		78.598,00		81	
(davon aus Aufzinsung € 78.598,00; Vorjahr: T€ 81)			722.247,23		602
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			5.742.091,24		6.553
11. außerordentliche Aufwendungen = außerordentliches Ergebnis			0,00		250
12. sonstige Steuern			<u>48.426,00</u>		<u>49</u>
13. Jahresüberschuss			5.693.665,24		6.254
14. Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen			1.874.300,00		2.120
15. Einstellungen in zweckgebundene Rücklagen			<u>2.868.000,00</u>		<u>2.711</u>
16. Bilanzgewinn			<u>4.699.965,24</u>		<u>5.663</u>

Berlin, den 10.05.2013
DER VORSTAND

Auszüge aus dem Anhang

zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Für die Erstellung des Jahresabschlusses 2012 waren die nachstehenden, gegenüber dem Vorjahr unveränderten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die Gliederung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs erfolgt unter Berücksichtigung DKLB-spezifischer Erfordernisse nach den gültigen handelsrechtlichen Bestimmungen.

Die Bilanz der Deutschen Klassenlotterie Berlin wird grundsätzlich nach teilweiser Ergebnisverwendung aufgestellt. In diesem Zusammenhang wird der Bilanzgewinn der DKLB zum 31.12.2012 im Eigenkapital ausgewiesen. Die erforderlichen Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen werden in der Erweiterung der Gewinn- und Verlustrechnung vorgenommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt

1. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungskosten angesetzt und generell um planmäßige Abschreibungen gemindert worden. Die Abschreibungen erfolgten linear und mit folgenden Prozentsätzen:

Abschreibungen

- für Betriebs- und Geschäftsausstattung 4,35 % – 33 1/3 %,
- für immaterielle Vermögensgegenstände 14,29 % – 33 1/3 %,
- für geringwertige Wirtschaftsgüter: mit Wert zwischen € 150 und € 410 mit 100 %.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel dargestellt.

2. Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden entsprechende Abschreibungen vorgenommen.

Als Anteile an verbundenen Unternehmen wird die Beteiligung der DKLB an der LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin, ausgewiesen.

3. Die Vorräte sind mit den Anschaffungskosten abzüglich Skonti zuzüglich Umsatzsteuer angesetzt. Kantinenvorräte werden ohne Umsatzsteuer bewertet. Abwertungen waren nicht erforderlich.

4. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert ausgewiesen. Einzelrisiken werden durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt.

5. Sonstige Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten bewertet. Kursänderungen sind durch Abwertungen bzw. Aufwertungen bis zur Höhe der Anschaffungskosten berücksichtigt.

6. Liquide Mittel sind mit ihrem Nennwert angesetzt.

7. Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

8. Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden bei der Ermittlung der Rückstellungen berücksichtigt.

Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Die Rückstellungen für Pensionen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank im Monat November 2012 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 5,05 %. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen wurden Rentensteigerungen von jährlich 2,00 % zugrunde gelegt. Die Rückstellungen betreffen nur Rentenempfänger und keine Anwärter.

Die Bewertung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgt unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,05 % p.a. und auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Jubiläen wurden Gehaltssteigerungen für Unter-45-jährige von jährlich 2,0 % sowie eine Fluktuation von 1,0 % zugrunde gelegt.

9. Bei den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich dem Charakter nach um Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen für Spieleinsätze aus Mehrwochenspielaufträgen für Ausspielungen des Folgejahres. Entsprechende Abgrenzungen erfolgen für die darauf entfallenden Lotteriesteuern und Provisionen der Annahmestellen, die als Aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden.

Sonstige Angaben

- Konzernverhältnisse

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde gem. § 296 Abs. 2 HGB die LWS nicht in einen Konzernabschluss einbezogen.

Da die LWS das einzige Tochterunternehmen der DKLB ist, wurde mangels weiterer einzubeziehender Unternehmen kein Konzernabschluss aufgestellt.

- Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane

Organe der DKLB

- Vorstand (zugleich Vorstand der DKLB-Stiftung)
- Verwaltungsrat (zugleich Verwaltungsrat der DKLB-Stiftung)

1. Dem Vorstand gehörten 2012 an:



Dr. Marion Bleß
Hansjörg Höltkemeier

2. Der **Verwaltungsrat** wird gemäß § 5 (2) DKLB-Gesetz für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gebildet und bleibt bis zur Neubildung im Amt.

Im Berichtsjahr amtierten:

a) vom Senat bestellt:

Hella Dunger-Löper
Vorsitzende (ab 08.05.2012)
Staatssekretärin (Senatskanzlei)

Prof. Dr. Jens Poll
stellvertretender Vorsitzender
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Rechtsanwalt

Dr. Ute Herdmann

(ab 08.05.2012)

Regierungsdirektorin (Senatsverwaltung
für Finanzen)

Hans Jürgen Kulartz

(bis 08.05.2012)

Mitglied des Vorstandes Landesbank
Berlin AG

Monika Schulz-Strelow

(ab 08.05.2012)

Geschäftsführerin B. International Group

Iris Spranger

(bis 08.05.2012; Vorsitzende)

Staatssekretärin a. D. (Senatsverwaltung
für Finanzen)

Hans-Jörg Weniger

Steuerberater - vereidigter Buchprüfer

Nicolas Zimmer

(von 08.05.2012 bis 31.12.2012)

Staatssekretär a. D. (Senatsverwaltung
für Wirtschaft, Technologie u. Forschung)



b) von der Personalvertretung bestellt:

Annette Gregarek

Revisorin

Kathrin Sängler

Buchhalterin

Michael Schwanz-Kauffmann

Sachbearbeiter Marketing

- Bezüge des Vorstandes und der Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder betrugen im Einzelnen (ohne die Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Sozialversicherungen und zur freiwilligen Kranken-/Pflegeversicherung):

für Dr. Marion Bleß
€ 165.602,22,

für Herrn Hansjörg Höltkemeier
€ 191.613,10.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt € 139.693,17 geleistet. Die für diese Personengruppe zum 31.12.2012 gebildeten Pensionsrückstellungen belaufen sich auf € 1.388.685,00.

- Sonstige Angaben

Das Honorar für die Abschlussprüferleistungen der Prüfungsgesellschaft betrug im Berichtsjahr netto T€ 20.

Darüber hinaus sind weder Steuerberatungsleistungen sowie sonstigen Leistungen erbracht worden.

Vor dem Hintergrund der Pflicht zur Abführung des Bilanzgewinns werden von der DKLB Leistungen an die DKLB-Stiftung unentgeltlich erbracht. Diese beziehen sich auf Personalgehalt (T€ 1.144) sowie Sachkosten (T€ 200, i.W. Mieten).

- Entsprechenserklärung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex

Verwaltungsrat und Vorstand der DKLB haben im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsrats vom 13.12.2012 die gemeinsame Entsprechenserklärung von Verwaltungsrat und Vorstand für das Jahr 2012 verabschiedet. Danach haben sich 2012 keine berichtspflichtigen Ereignisse ergeben. Die Entsprechenserklärung ist der Senatsverwaltung für Finanzen dauerhaft zugänglich gemacht worden und dem Lagebericht als Anlage beigelegt.

- Hinweis auf den Bestätigungsvermerk

Der vollständige Jahresabschluss sowie der Lagebericht trägt den am 31.05.2013 erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Der Jahresabschluss und der Lagebericht werden im elektronischen Bundesanzeiger (www.ebundesanzeiger.de) veröffentlicht.

Berlin, den 10. Mai 2013
DER VORSTAND

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012

Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Anlagegruppen	Anfangsbestand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Endstand
	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	10.941.180,03	1.174.798,73	2.784,00	327.148,70	12.440.343,46
2. geleistete Anzahlungen	327.148,70	65.688,87	0,00	-327.148,70	65.688,87
	11.268.328,73	1.240.487,60	2.784,00	0,00	12.506.032,33
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke mit Verwaltungsgebäude und anderen Bauten	4.435.238,34	0,00	0,00	0,00	4.435.238,34
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung					
a) Technische Ausstattungen	5.851.674,78	481.476,77	0,00	0,00	6.333.151,55
b) Mobiliar und sonstige Einrichtungen	1.464.717,79	75.967,36	53.359,99	0,00	1.487.325,16
c) Annahmestellen-Ausstattung (Online-Terminals)	6.761.653,41	2.519,94	224.624,04	0,00	6.539.549,31
	14.078.045,98	559.964,07	277.984,03	0,00	14.360.026,02
	18.513.284,32	559.964,07	277.984,03	0,00	18.795.264,36
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	250.000,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00
	250.000,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00
Anlagevermögen	30.031.613,05	1.800.451,67	280.768,03	0,00	31.551.296,69

Abschreibungen			Restbuchwerte		
<u>Anfangsbestand</u>	<u>Abschreibungen im Geschäftsjahr</u>	<u>Angesammelte Abschreibungen auf die ausgewiesenen Abgänge</u>	<u>Endstand</u>	<u>Stand 31.12.2012</u>	<u>Stand 31.12.2011</u>
€	€	€	€	€	€
10.322.049,99	449.527,91	2.078,98	10.769.498,92	1.670.844,54	619.130,04
0,00	0,00	0,00	0,00	65.688,87	327.148,70
10.322.049,99	449.527,91	2.078,98	10.769.498,92	1.736.533,41	946.278,74
4.342.018,07	0,00	0,00	4.342.018,07	93.220,27	93.220,27
4.176.409,89	476.146,24	0,00	4.652.556,13	1.680.595,42	1.675.264,89
1.250.499,57	91.810,79	52.661,48	1.289.648,88	197.676,28	214.218,22
5.721.018,99	856.273,74	189.895,96	6.387.396,77	152.152,54	1.040.634,42
11.147.928,45	1.424.230,77	242.557,44	12.329.601,78	2.030.424,24	2.930.117,53
15.489.946,52	1.424.230,77	242.557,44	16.671.619,85	2.123.644,51	3.023.337,80
0,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00	250.000,00
0,00	0,00	0,00	0,00	250.000,00	250.000,00
25.811.996,51	1.873.758,68	244.636,42	27.441.118,77	4.110.177,92	4.219.616,54

Impressum

Herausgeber

Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB)
Brandenburgische Straße 36, 10707 Berlin
Telefon: +49 30 89 05-0
Telefax: +49 30 89 05-15 17
E-Mail: info@lotto-berlin.de
Internet: www.lotto-berlin.de

Realisierung

connex werbeagentur gmbh
www.connex-werbung.de